

Betroffenheit über Extremismus ist kein Maßstab

Die Taten zählen

Ruprecht Polenz

Deutschland ist gegen Gewalt. Deutschland ist für Menschenwürde. Die erschreckenden Beispiele rechtsextremer Gewalt dürfen niemanden gleichgültig lassen. Es muss alles unternommen werden, den menschenverachtenden Gewalttaten gegenüber Ausländern, Obdachlosen und Behinderten nachdrücklich entgegenzutreten und dem schlimmen Treiben endlich Einhalt zu gebieten. Es ist zu begrüßen, dass nahezu alle politischen Kräfte in Deutschland die entsetzlichen Straftaten radikaler Gewalttäter verurteilt haben. Diese Gemeinsamkeit der Demokraten ist gefordert. Noch besser wäre allerdings, wenn die Erkenntnis auch mit entsprechenden Taten einherginge. Bloße Betroffenheitserklärungen und Appelle sind nicht genug. Der Versuch aus dem linken Spektrum, die Union gleich mit in den Sack zu packen, auf den es einzuschlagen gilt, ist ebenso unsinnig wie töricht und durchsichtig.

Wir können nicht akzeptieren, wenn heute jene aufschreiben, die jede Art von Bekämpfung des Radikalismus leichtfertig und aus ideologischen Gründen geschwächt haben. Die SPD-Landesregierungen haben unter Beteiligung der Grünen oder Duldung der PDS die staatlichen Instrumente zur Bekämpfung und Kontrolle der Extremisten systematisch unwirksam werden lassen. In Niedersachsen wurde in der Regierungszeit

des Ministerpräsidenten Gerhard Schröder die Zahl der Mitarbeiter auf nahezu die Hälfte reduziert. In Sachsen-Anhalt, wo die SPD unter Duldung der PDS regiert, wurde das Landesamt für Verfassungsschutz 1999 aufgelöst. Wer staatliche Organe entkernt, den Ordnungshütern die finanzielle und vielfach auch moralische Solidarität für ihre schwierige Arbeit verweigert, stärkt im Ergebnis den Radikalismus. Zumindest handelt er im höchsten Maße verantwortungslos.

Es gibt ein Bündel an Ursachen, die zu der jetzigen Situation geführt haben. Wirkungsvolle Gegenmaßnahmen müssen daher auch auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Dazu gehört nicht zuletzt ein breiter gesellschaftlicher Diskurs über identitätsstiftende Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten. Hierbei sind Parteien und Politiker auf allen Ebenen durch die Gestaltung von Schule, Jugendarbeit und Ehrenamt sehr konkret gefordert.

Der tatsächliche Einsatz zur Bekämpfung von politischem Extremismus und Gewalt bemisst sich nicht an der Betroffenheit der Worte. Wichtige Bündnispartner im Kampf gegen radikale Gewalttäter sind das Recht, die Werteerziehung sowie eine vernünftige Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Wie heißt es doch: An den Taten sollt ihr sie messen.